2012.SR.000038 (14/350)

Interfraktionelle Motion GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA! (Daniela Lutz-Beck, GFL/Patrizia Mordini, SP/Stéphanie Penher, GB): Stadtentwicklung ist Verkehrsentwicklung - Begegnungszonen-Pilotprojekt; Begründungsbericht

Die nachfolgende Interfraktionelle Motion wurde vom Stadtrat mit SRB 594 vom 29. November 2012 als Richtlinie erheblich erklärt:

Die Übernahme der Städte durch den Fuss- und Veloverkehr sowie durch den ÖV verlangen langfristig Anpassungen an die städtische Strasseninfrastruktur. Stadtentwicklungsprojekte müssen sich dem stellen. Die Zukunft in der Stadt und nicht mehr nur im Stadtzentrum gehört dem, sonst droht der Verkehrskollaps. Früher sprach man von der Beschleunigung des Verkehrs, um den Kollaps zu verhindern. Heute weiss man durch Computersimulationen und aus der Beobachtung des Verkehrs, dass nur eine Entschleunigung die Flüssigkeit des gesamten Verkehrs sicherstellen kann. Verkehrsberuhigung ist ein entscheidendes Mittel, um eine höhere Sicherheit im Verkehr sowie eine bessere Lebens- und Wohnqualität für die Anwohnenden zu erreichen. Tempo-30-Zonen in Wohnquartieren sind bereits heute erklärter städtebaulicher Standard.

In der Begegnungszone (Tempo-20-Zone) haben die Fussgängerinnen und Fussgänger grundsätzlich auf der gesamten Verkehrsfläche Vortritt. Das Parkieren ist ausser an signalisierten oder markierten Stellen verboten. Die Velos dürfen nach den allgemeinen Vorschriften über das Parkieren abgestellt werden. Mit der Umkehrung der Vortrittsverhältnisse zwischen dem Fuss- und Fahrverkehr sowie der Temposenkung auf 20 km/h wird die Sicherheit erhöht und die Strasse erheblich attraktiver. Dies vor allem, weil damit die Wohn- und Geschäftsnutzung gegenüber der Verkehrsfunktion stärker gewichtet und die Zugänglichkeit zu den Wohnungen und Geschäften erleichtert werden. (Für die Realisierung einer Begegnungszone ist ein einfaches Gutachten erforderlich) Zurzeit wechseln sich bereits auf kurzen Strecken mit Zonen Tempo 30 und Tempo 20 ab, wobei vielen Verkehrsteilnehmern die Vortrittsverhältnisse nicht immer klar sind. Nicht zuletzt der Schilderwald führt zu Unklarheiten.

Neben dem Bottom-up Prinzip, d.h. die Initiative kommt aus dem Quartier von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Quartierstrassen, was wir immer noch sehr wichtig finden, möchte dieser Vorstoss also ein Pilotprojekt für eine Begegnungszone von Top-down anstossen. Dabei soll ein Quartier ausgewählt werden, wo bereits ein Netz aus Tempo-20-Strassen und -Strässchen besteht, welches ergänzt werden müsste.

Aus diesem Grund fordern wir den Gemeinderat auf:

1. Ein zeitlich beschränktes Pilotprojekt durchzuführen, in welchem ein geeignetes Wohnquartier mit bereits ausgebautem Begegnungszonennetz ausserhalb des Basisnetzes durchgehend zu einer Begegnungszone mit Tempo 20 gemacht wird. Dem Informationsbedürfnis der Quartierbewohner ist dabei Rechnung zu tragen.
2. Dieses Pilotprojekt durch das Bundesamt für Strassen ASTRA begleiten und auswerten zu lassen.
3. Zur Einhaltung der Tempolimiten im entsprechenden Quartier vermehrt Geschwindigkeitskontrollen (z.B. durch festinstallierte oder flexible Tempomessgeräte) durchzuführen.

Bern, 2. Februar 2012

Interfraktionelle Motion GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA! (Daniela Lutz-Beck, GFL/Patrizia Mordini, SP/Stéphanie Penher, GB): Stefan Jordi, Annette Lehmann, Tanja Walliser, Halua Pinto de Magalhães, Lea Kusano, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Leyla Gül, Giovanna Battagliero, Rithy Chheng, Manuel C. Widmer, Matthias Stürmer, Susanne Elsener, Tania Espinoza, Beat Zobrist, Lea Bill, Rahel Ruch, Judith Gasser, Urs Frieden, Daniel Klauser

Bericht des Gemeinderats

In seiner Antwort vom 30. Mai 2012 auf die vorliegende Interfraktionelle Motion hat sich der Gemeinderat bereit erklärt, in einem grossflächigen Wohnquartier eine Begegnungszone einzuführen. Dabei hat er dargelegt, dass eine Umsetzung innerhalb der geltenden Bestimmungen möglich ist und daher weder ein Pilotversuch, noch eine Begleitung durch das ASTRA erforderlich sind.

In der Zwischenzeit hat die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (Verkehrsplanung) in Zusammenarbeit mit den betroffenen Quartierorganisationen DIALOG Nordquartier und Quav4 verschiedene mögliche Optionen geprüft und drei geeignete Wohnquartier-Zellen für die Einführung einer flächendeckenden Begegnungszone ausgewählt:

- Für das *Burgfeldquartier* liegt ein ausgearbeitetes und mit dem Quartier abgestimmtes Projekt vor: Die bestehende Begegnungszone Spelterinistrasse soll bis an den Zentweg, die Mittelholzerstrasse und die Gemeindegrenze Ostermundigen hin erweitert werden. Für die Umsetzung hat der Gemeinderat am 5. November 2014 einen Realisierungskredit über Fr. 95 000.00 bewilligt. Die amtliche Publikation für die grossflächige Begegnungszone Burgfeldquartier erfolgt im November 2014; die Realisierung ist für das Jahr 2015 geplant.

- Für die zweite grossflächige Begegnungszone *Parkstrasse/Breitfeldstrasse* liegt ein Projektentwurf vor; es ist vorgesehen, die bestehende Begegnungszone Parkstrasse/Breitfeldstrasse bis an die Rütlistrasse, die Rodtmattstrasse und die Tellstrasse zu erweitern. Der Projekt-Entwurf wird als nächstes mit der Quartierorganisation besprochen und bereinigt. Anschliessend folgen ein Kreditantrag sowie die amtliche Publikation. Die Realisierung ist aus heutiger Optik für das Jahr 2015 geplant.

- Das dritte Projekt sieht eine grossflächige Begegnungszone im *Obstberg* vor; dieses soll im Jahr 2015 in Zusammenarbeit mit dem Quartier im Detail erarbeitet werden.

Die Einführung dieser Begegnungszonen wird jeweils - wie üblich - von einer Erfolgskontrolle begleitet; dazu gehören auch punktuelle Geschwindigkeitskontrollen nach Ablauf eines Jahrs. Sollten vorgängig Anzeichen für überhöhte Geschwindigkeiten bestehen, würden geeignete Massnahmen ergriffen (Inforadar, vermehrte Polizeikontrollen).

Folgen für das Personal und die Finanzen
Für die Realisierung der Begegnungszone Burgfeld hat der Gemeinderat einen Kredit in der Höhe von Fr. 95 000.00 bewilligt. Für die Umsetzung der beiden weiteren Projekte wird mit vergleichbaren Kosten gerechnet. Der interne Aufwand kann mit dem vorhandenen Personal geleistet werden.

Bern, 5. November 2014

Der Gemeinderat